Sehr geehrter Herr Michel Premierminister,

Sehr geehrter Herr Bacquelaine, Minister für Renten,

Sehr geehrte Frau Wilmes, Haushaltsministerin und Ministerin für den öffentlichen Dienst,

Sehr geehrter Herr De Croo, Finanzminister,

Kopie an die verschiedenen Fraktionsvorsitzenden,

Seit Monaten fühle ich mich als Beamter des öffentlichen Dienstes als Opfer der Politik, die Sie und Ihre Kollegen in der Regierung in die Tat umsetzen. Auch missfällt mir die Art und Weise

Die Maßnahmen, die Sie in den letzten Jahren ergriffen haben, haben dazu geführt, dass, es fast unmöglich ist, den Bürgern den Dienst zu erbringen, den sie erwarten können; in Sachen Betrugsbekämpfung geschieht nichts, es werden weiter Stellen abgebaut und Dienststellen geschlossen…

Dennoch tun meine Kollegen und ich unser Bestmögliches um den Bürgern eine Dienstleistung zu gewähren, die diesen Namen verdient.

Sie haben uns schon um viele Anstrengungen gebeten. Wir haben sie erbracht.

Sie wollen aber weiterhin den föderalen öffentlichen Dienst reformieren, aber vor allem seine Mitarbeiter angreifen oder gar verunglimpfen!

Ich kann diese Übergriffe nicht akzeptieren. Heute warten wir Beamte darauf, im Gegenzug für unsere Bemühungen ein wenig Respekt zu erhalten, und dies in Bezug auf unsere Arbeitsbedingungen, unser Statut, unseren Urlaub, unsere Krankentage, unsere Rente ...

Nachstehend finden Sie meine Erwartungen bezüglich der Reformen und der weiteren angekündigten Sparmaßnahmen.

Sie werden auch verschiedene Fragen finden, die Sie hoffentlich beantworten werden.

1. **Beamtenstatut**

Um die Unabhängigkeit des Beamten und das ordnungsgemäße Funktionieren des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten, muss das Beamtenstatut garantiert sein und bleiben.

Diese Unabhängigkeit ist von größter Bedeutung.

Zudem schrieb der Premierminister im Mai 2014 mitten im Wahlkampf: *Die MR ist der Ansicht, dass das Beamtenstatut der Garant für die Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und Integrität im öffentlichen Dienst ist. Die Bemühungen um eine Verbesserung der Effizienz der Verwaltung müssen ihrer besonderen Aufgabe Rechnung tragen, die nicht mit der des privaten Sektors vergleichbar ist. Die Rekrutierung statutarischer Beamter durch Selor muss daher die Norm bleiben.*

Deshalb meine sehr geehrten Damen und Herren Minister würden Sie mir bitte folgende Fragen beantworten:

* Was hat sich seit Mai 2014 geändert und was hat dazu geführt, dass die Einstellung statutarischer Beamter nicht länger die Norm bleiben soll?
* Welche Aufgaben erfordern Ihrer Meinung nach in meiner Verwaltung (FÖD Finanzen) nicht die Unabhängigkeit, Transparenz, Integrität und objektive Regeln, die das Statut garantiert?

Ich bitte Sie, nichts zu unternehmen, dass das Statut der Beamten gefährdet.

Darüber hinaus wurden durch viele Reformen auf föderaler Ebene Methoden eingeführt, die denen im privaten Sektor ähnlich sind, sogar auch im Bereich der Entlassungen.

**Ich fordere:**

* **Die Garantie des Beamtenstatuts, wie es derzeit besteht;**
* **Dass die Einstellung statutarischer Beamter die Norm ist und dass die Einstellung von Vertragsbediensteten nur befristeten und spezifischen Bedürfnissen vorbehalten ist;**
* **Dass vermehrt Vertragsbedienstete nach bestandener Prüfung verbeamtet werden.**

1. **Beschäftigte im öffentlichen Dienst**

Seit Jahren wird der Personalbestand des föderalen öffentlichen Dienstes geschrumpft

Der öffentliche Dienst hat genug zur Bewältigung der "Krise", durch ständiges Reduzieren des Personals( zumal es Alternativen gibt die Ihnen regelmäßig vorgeschlagen wurden) beigetragen. Die Beamten können nicht auf einen Budgetposten reduziert werden.

Deshalb meine sehr geehrten Damen und Herren Minister würden Sie mir bitte folgende Fragen beantworten:

* Warum hat die Zahlung griechischer Schuldzinsen Auswirkungen auf das Personalbudget der FÖD-Finanzen?
* Warum wurde kein zusätzliches Budget bereitgestellt, um die Einstellung zusätzlicher Zollbeamten zu gewährleisten, um die erhebliche zusätzliche Arbeitsbelastung im Zusammenhang mit dem Brexit aufzufangen? Die anderen beteiligten Länder haben vergleichsweise viel mehr Zollbeamte eingestellt!
* Die Zahlen belegen es: Ein Kontrollbeamter treibt ein Vielfaches seines Gehalts an Steuern ein. Warum rekrutieren Sie, in Anbetracht dieser Tatsache, nicht zusätzliche Kontrollbeamte? Das würde erhebliche zusätzliche Einnahmen für die Staatskasse bringen.
* Doch nicht nur die Kontrolldienste haben Personalmangel. Warum rekrutieren Sie nicht für alle anderen Dienste?
* Für den Fall, dass der Personalbestand weiter schrumpft, welche Aufgaben in den jeweiligen Verwaltungen würden aufgegeben?
* Digitalisierung und Computerisierung sind alles andere als DIE Lösung. Diese Lösung ist unvollständig und teilweise unangemessen. In der Tat ersetzt die Maschine nicht den Menschen; bitte geben Sie konkret an, für welche Aufgaben jeder Verwaltung die Absicht besteht diese zu informatisieren oder ... aufzugeben.

Können Sie mich darüber in Kenntnis setzen welche konkreten Informatisierungspläne zu einer weiteren Reduktion des Personals führen?

* Beim FÖD - Finanzen kommt es immer häufiger zu Informatikpannen, die Verbindung zum Verwaltungsserver kann nicht aufgebaut bzw. nicht aufrechterhalten werden und für den Fall, dass die Verbindung steht, ist sie meist erbärmlich langsam. Auf Jahresbasis sind das ganze Wochen, die jeder Beamte gezwungen ist am PC zu warten. Wie sehen hier Ihre Lösungsvorschläge aus?

Zahl der Burn-outs im öffentlichen Dienst wächst stetig. Ohne massive Rekrutierung, sehr geehrte Damen und Herren Minister, sind Sie für diesen Anstieg verantwortlich.

Durch diese ständigen Rückschritte können dem Bürger, die ihm zustehenden Dienstleistungen nicht mehr erbracht werden und bei der Betrugsbekämpfung sind wir unter diesen Bedingungen chancenlos.

**Ich fordere, das Ende der Beschränkungen zum Ersatz der Altersabgänge und das alle in Rente gehenden Kollegen 1 zu 1 ersetzt werden. Sinnvoll wäre es zusätzliche Beamte einzustellen damit endlich wieder dem Bürger eine vernünftige Dienstleistung zur Verfügung gestellt und der Betrug wirksam bekämpft werden kann. Wirksame Betrugsbekämpfung heißt auch höhere Einnahmen für die Staatskasse.**

1. **Urlaub, Mobilität, Bewertung, Disziplinarverfahren...**

Als ich mich für eine Stelle im öffentlichen Dienst beworben habe, habe ich mich bewusst dazu entschieden, mit seinen Vor– und Nachteilen.

Im Vergleich zu meinen Freunden, die in der Privatwirtschaft arbeiten, wusste ich, dass ich keine Gruppenversicherung, keine Essensgutscheine, kein Firmenauto haben würde...

Daneben wollte ich von anderen Vorteilen profitieren.

Seitdem sind alle Vorteile die die Arbeit im öffentlichen Dienst zu bieten hatte weggefallen oder stehen zur Debatte, dass sie wegfallen sollen.

Wenn Sie Benchmarks, Vergleiche mit dem privaten Sektor oder mit europäischen Kollegen anstellen, ist es jedes Mal, um unsere Situation zu verschlechtern, ohne den Beamten jemals die Vorteile zukommen zu lassen, von denjenigen mit denen Sie uns vergleichen.

Die für den Krankheitsurlaub vorgesehene Reform ist besonders erschreckend: Wie kann es sein, dass dem krank gewordenen Beamten willkürlich finanzielle Schwierigkeiten gemacht werden obwohl unsere Krankenstände der Norm im Privatsektor entsprechen und keinerlei Missbrauch festgestellt werden konnte.

Von einem Arbeitgeber wird erwartet, dass er das Wohl seiner Mitarbeiter gewährleistet und nicht das Gegenteil!

All diese Angriffe stehen bei weitem nicht im Einklang mit den Aussagen des Premierministers, der im Mai 2014 ebenfalls schrieb:

*Die MR will die aktuellen Urlaubs- und Abwesenheitsregelung nicht ändern.*

*Wir wollen einen attraktiven öffentlichen Dienst, um die besten Arbeitskräfte anzuziehen. Die Sozialpolitik (bien-être) ist da ein wesentlicher Faktor, den die RM stärken will.*

Ist es verwunderlich, dass unter den derzeitigen Bedingungen die Attraktivität des öffentlichen Dienstes am Nullpunkt angekommen ist? Ich habe noch nie so viele Kollegen gehört, die den Wunsch geäußert haben, die Abteilung zu verlassen oder baldmöglichst in den Ruhestand zu gehen.

Deshalb meine sehr geehrten Damen und Herren Minister würden Sie mir bitte folgende Fragen beantworten:

* Was hat sich im Vergleich zum Mai 2014 verändert was eine Änderung der *Urlaubs- und Abwesenheitsregelung* rechtfertigt?
* Was wurde und wird von Ihrer Regierung getan, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu erhöhen?
* Was wurde und wird von Ihrer Regierung getan, um das Wohlbefinden im öffentlichen Dienst zu stärken?
* Sie machen viele Benchmarks zwischen dem öffentlichen Dienst und dem privaten Sektor. Um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhöhen oder gar nur zu erhalten, welche Vorteile hat der private Sektor, die Sie dem öffentlichen Dienst anbieten wollen?
* Was sind die Beweggründe für die geplante Reform, der Krankentage?
* Herr Minister für den öffentlichen Dienst, Sie haben Missbräuche erwähnt, um diese Reform des Krankheitsurlaubs zu rechtfertigen. Könnten Sie mir die Zahlen nennen, die es uns ermöglichen würden, festzustellen, dass die derzeitige Regelung für Beamte diese so genannten Missbräuche ermöglicht? Ich denke besonders an:
* Einen Vergleich der Fehlzeiten durch Krankheit bei Beamten und im Privatsektor
* Einen Vergleich der Fehlzeiten durch Krankheit bei Beamten und Vertragsangestellten
* Der prozentuale Anteil ungerechtfertigter Abwesenheiten sowie ein Vergleich dieses Anteils zwischen statutarischen und vertraglichen Beamten;
* Der prozentuale Anteil der Beamten, die am Ende ihrer Karriere vorzeitig wegen Krankheit in den Ruhestand versetzt werden
* Eine solche Reform wurde bereits in anderen Sektoren durchgeführt; so im Unterrichtswesen oder bei der flämischen Gemeinschaft. Können Sie mir sagen, welche Folgen dies für die Abwesenheiten hatte und welche Einsparungen diese Reformen ermöglichten?

**Ich bitte Sie, Ihre Angriffe auf Beamte zu stoppen. Ich fordere:**

* **Die Aufrechterhaltung der aktuellen Urlaubsregelung (Urlaub, Krankheitsurlaub, Auszeit, Urlaub, Feiertage ...);**
* **Im Bereich der Krankentage, die Aufrechterhaltung des derzeitigen Systems für Beamte und die Gewährung eines garantierten Einkommens über eine Gruppenversicherung für Vertragsbedienstete;**
* **Dass Sie die Konzepte von Versetzung und Mobilität von Amts wegen nicht umsetzen;**
* **Dass die Entlassung von Staatsbediensteten kein Selbstzweck ist. Die gewünschte Erleichterung zur Entlassung von Beamten darf nicht zur Anwendung kommen;**
* **Dass interne Rekrutierung immer prioritär zur externen Rekrutierung ist;**
* **Dass der Behörde in einem Disziplinarverfahren nicht die absolute Macht erteilt wird.**

**In Ermangelung der Aufrechterhaltung der wenigen Vorteile der Beamten im öffentlichen Dienst, bitte ich Sie, in aller Fairness, die Vorteile, die in privaten Unternehmen von gleichwertiger Größe den Angestellten zur Verfügung gestellt werden auch den Beamten zuweisen zu wollen so u.a. Firmenwagen, Essensgutscheine, Gruppenversicherung…**

1. **Pension**

**Ich fordere, das Ende und sogar die Rücknahme der ungünstigen Rentenmaßnahmen für Staatsbedienstete.**

Ich fühle mich betrogen. Als ich in den öffentlichen Dienst eintrat, wurden die Bedingungen meiner künftigen Rente klar definiert. Heute werden sie schlicht und einfach ohne Vorwarnung und ohne sozialen Dialog, der diesen Namen verdient, aufgehoben.

Zudem hat die Regierung aus dem Bericht der Rentenreformkommission nur die Punkte entnommen, die den Arbeitnehmer und insbesondere für die Beamten ungünstig sind.

Deshalb meine sehr geehrten Damen und Herren Minister würden Sie mir bitte folgende Fragen beantworten:

* Dieser Bericht besagt, *dass das Ziel nicht darin besteht, dass dieser Übergang zu einer Durchschnittslohnregelung zu einem Rückgang der Durchschnittsrenten der Beamten führt*. Können Sie mir erklären, wie Sie diese Empfehlung berücksichtigt haben?
* Meiner Meinung nach, berücksichtigen die vorgesehenen Reformen eine in dem Bericht mehrfach abgegebene Erklärung nicht: Beamte haben keinen Zugang zu einer Zusatzrente, was nach den Worten des Berichts rechtfertigt, dass *die Formel, zur Berechnung der Rente der Staatsbediensteten, günstiger bleiben muss als die der Arbeitnehmer und der Selbständigen*. Können Sie mir erklären, wie Sie diese Empfehlung berücksichtigt haben?

1. **Eine gemeinsame Anstrengung?**

Sehr geehrte Damen und Herren Minister, wie Sie sicherlich wissen, wird eine geforderte Anstrengung umso eher akzeptiert, wenn sie von allen getragen wird.

Können Sie mir daher bitte eine Antwort auf folgende Fragen geben:

* Können Sie mir die Rentenreform für Parlamentarier und Minister ausführlich erklären? Die Rentenreform der Beamten wirkt sich auch auf die Jahre vor der Reform aus. Ist es das Gleiche für die Reform der Rente der Parlamentarier? Werden Sie die gleiche Reform auf Parlamentarier und andere öffentliche Mandate anwenden?
* Können Sie mir eine detaillierte Erklärung für die Reform oder den Entwurf einer Reform des Systems der Krankentage für Parlamentarier geben?
* Können Sie mir einen detaillierten Überblick über die Haushaltsanstrengungen geben, die Sie persönlich in Ihrem Kabinett angewandt haben?

Sehr geehrter Herr Michel Premierminister,

Sehr geehrter Herr Bacquelaine, Minister für Renten,

Sehr geehrte Frau Wilmes, Haushaltsministerin und Ministerin für den öffentlichen Dienst,

Sehr geehrter Herr De Croo, Finanzminister,

Durch diese E-Mail bitte ich Sie, einfach alle Beamte, als IHRE Beamten zu respektieren.

Ich erwarte ein starkes und positives Signal

Es sei an der Zeit, die Beamten mit konkreten Zusagen zu beruhigen. Das sind keine Versprechen, sondern Taten, die IHRE Mitarbeiter erwarten.

Im Voraus danke ich Ihnen für die Lektüre.

In Erwartung einer aussagekräftigen Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen